

Es ist kein Geheimnis, dass bei der Deutschen Post insbesondere in Brief- und Paketzentren und natürlich auch in der Zustellung körperlich hart gearbeitet wird. Schweres Heben im Akkord, häufiges Bücken, Treppensteigen und die viele Kilometer langen Laufstrecken belasten den Körper der Beschäftigten. So ist es nicht verwunderlich, dass Rückenleiden, Hüftprobleme und Fußbeschwerden typische Berufskrankheiten bei der Deutschen Post sind.

Nicht wenige Mitarbeiter sind nach mitunter jahrzehntelanger Plackerei im fortgeschrittenen Lebensalter in ihrer Leistungsfähigkeit (stark) eingeschränkt. Die täglichen Arbeitsanforderungen sind für sie - gerade in Zeiten von Verkehrsmengenspitzen - nicht mehr zu stemmen. Krankheitsbedingte Ausfallzeiten häufen sich.

Ein verantwortungsbewusster Arbeitgeber würde sicherlich alles dafür tun, die körperliche Belastung seiner Beschäftigten so gut es geht zu reduzieren. Ein Arbeitgeber erster Wahl müsste auch einmal anerkennen und dafür dankbar sein, dass Mitarbeiter jahrzehntelang den Rücken für das Unternehmen krumm gemacht und damit wesentlich zum Geschäftserfolg beigetragen haben. Ein fürsorglicher Arbeitgeber hätte auch dafür gesorgt, dass leistungsgeminderte Mitarbeiter einen Arbeitsplatz erhalten, der es ihnen ermöglicht, trotz ihrer Beschwerden weiterbeschäftigt zu werden.

Würde, müsste, hätte ...

Die Realität bei der Deutschen Post sieht bisweilen anders aus: Leistungsgeminderte Beschäftigte mit vielen krankheitsbedingten Ausfalltagen werden von Vorgesetzten durch diverse Kontrollanrufe, sogenannte "Krankheitsgespräche", Postbetriebsarztuntersuchungen sowie schlechte Leistungsbeurteilungen gewissermaßen gemobbt und dazu angehalten, die volle Arbeitsleistung zu erbringen. In den seltensten Fällen - wenn überhaupt ernsthaft danach gesucht wird - findet sich ein alternativer, weniger belastender Arbeitsplatz im Unternehmen für die Betroffenen. Für die leistungsgeminderten Beschäftigten kann das fatale Folgen haben: Arbeitnehmer müssen mit einer krankheitsbedingten Kündigung oder - im besten Falle - einer Auflösung des

Arbeitsvertrages mit Zahlung einer kleinen Abfindung rechnen. Beamten droht die Dienstunfähigkeit und der vorzeitige Ruhestand mit starken finanziellen Einbußen.

Weniger belastende Arbeiten bei der Deutschen Post werden zumeist von Fremdfirmen erledigt. Dies ist aus Sicht des Managements kostengünstiger. Beispiele sind in diesem Zusammenhang die Briefkastenleerung, bestimmte Fahrten zum Kunden, die Müllentsorgung in den Produktionsstätten, Arbeiten in den Kantinen, Putztätigkeiten und so weiter. Aus Sicht der DPVKOM gäbe es in diesen Bereichen durchaus Arbeit für leistungsgeminderte Beschäftigte.

Für die DPVKOM ist es jedenfalls nicht hinnehmbar, dass in ihrer Arbeitsleistung eingeschränkte Mitarbeiter mit jahrzehntelanger Unternehmenszugehörigkeit bei der Post von manchen Vorgesetzten zuerst gemobbt und dann aufs "Abstellgleis" geschoben werden!

Daher fordert die DPVKOM von der Deutschen Post AG:

- Respekt und Wertschätzung für jeden Beschäftigten, insbesondere für leistungsgeminderte, langjährige Mitarbeiter.
- Bereitstellung von körperlich weniger belastenden Arbeitsplätzen für (stark) leistungsgeminderte Beschäftigte, die ihre bisherige Tätigkeit nicht mehr ausüben können. So wird diesen die Möglichkeit eröffnet, bis zum gesetzlichen Renten-/Pensionseintritt im Unternehmen zu verbleiben.
- Rückführung der Fremdvergabe in bestimmten Bereichen mit körperlich weniger belastenden Tätigkeiten, um damit Arbeitsplätze für leistungsgeminderte Mitarbeiter zu schaffen.
- Keine finanziellen Einbußen für leistungsgeminderte Beschäftigte, wenn diese bei gleichbleibender Arbeitszeit auf einem anderen Arbeitsplatz eingesetzt werden.

www.DPVKOM.de
DEINE Interessenvertretung